

Vorwahlkampf in Brasilien: Schlaglichter auf das politische Geschehen im Präsidentschaftswahljahr 2002

Gloger, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gloger, C. (2002). *Vorwahlkampf in Brasilien: Schlaglichter auf das politische Geschehen im Präsidentschaftswahljahr 2002*. (Brennpunkt Lateinamerika, 8). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-442832>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 8

30. April 2002

ISSN 1437-6148

Vorwahlkampf in Brasilien

Schlaglichter auf das politische Geschehen im Präsidentschaftswahljahr 2002

Christian Gloger

Selten war der brasilianische Vorwahlkampf so spannend wie in diesem Jahr. Im Juni werden die Kandidaten der Parteien für die Präsidentschafts-, Parlaments-, Gouverneurs- und Landtagswahlen offiziell festgelegt, und anders als 1994 und 1998 gibt es keine klaren Favoriten bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen. Damals hatte sich das Rennen jeweils zwischen dem heute amtierenden Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (Partido da Social Democracia Brasileira – PSDB) und dem Führer der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT), Luiz Inácio Lula da Silva, zugespitzt. Zweimal konnte Cardoso die Wahl mit einer absoluten Mehrheit bereits im ersten Wahlgang für sich entscheiden. 1994 war es die erfolgreiche Inflationsbekämpfung durch den unter seiner Schirmherrschaft als Finanzminister auf den Weg gebrachten Plano Real und 1998 die insgesamt im Auge der Mehrheit positive Bilanz seiner ersten Amtszeit, die Cardoso zum Sieg verhalfen. Bei den jetzt anstehenden Präsidentschaftswahlen ist noch völlig offen, wer aus dem Urnengang als Sieger hervorgehen wird. Selbst die Kandidaten der einzelnen Parteien und die Wahlkampfbündnisse sind noch nicht endgültig bestimmt. Hinzu kommt, dass die Entscheidung des Bundeswahlgerichts von Ende Februar 2002, wonach in Zukunft die Parteienbündnisse auf Ebene der Union und der Bundesstaaten gleich sein müssen, die taktischen Absprachen zwischen den Parteien kräftig durcheinandergebracht hat. Der folgende Beitrag will die neuesten Entwicklungen im brasilianischen Präsidentschaftswahlkampf näher beleuchten. Nach einer Betrachtung der Aussichten für die einzelnen potenziellen Präsidentschaftskandidaten soll auf die Auswirkungen der erwähnten Entscheidung des Bundeswahlgerichts eingegangen werden.

Der Fall Roseana Sarney

Der rasante Auf- und Abstieg von Roseana Sarney als Präsidentschaftskandidatin des liberal-konservativen *Partido da Frente Liberal* (PFL) ist ein lehrreiches Beispiel für das heutige Politikgeschehen in Brasilien. Die Gouverneurin des

im Norden Brasiliens gelegenen Bundesstaates Maranhão überraschte in den Wahlumfragen vom September 2001 mit 13 Prozent der Wählerstimmen und konnte sich bis auf 25 Prozent Ende Februar verbessern (vgl. Abbildung 1). Damit stand sie zwischenzeitlich in der Gunst der Wäh-

ler etwa auf gleicher Stufe wie Luiz Inácio Lula da Silva (PT), der bei den Umfragen 25-31 Prozent der Stimmen auf sich vereinen kann.

Dieser Erfolg von Roseana Sarney war auf den ersten Blick erstaunlich. Sie ist Gouverneurin eines der ärmsten Bundesstaaten Brasiliens (Maranhão), in dem die Anzahl der unter der Armutsgrenze lebenden Personen anders als in Restbrasilien stetig wächst, das Pro-Kopf-Einkommen seit 1992 nur gering gestiegen ist und auch bei der Kindersterblichkeit nur bescheidene Erfolge zu verzeichnen sind.¹ Sie ist Tochter des ehemaligen Präsidenten und heutigen Senators José Sarney, der mit einem historisch niedrigen Popularitätsstand 1990 seine Präsidentschaft beendete. Sie repräsentiert mit ihrer Familiengeschichte den im modernen Brasilien wenig beliebten *coronelismo* (zum familiären Hintergrund vgl. Isto é, 2.1.2002, S. 28-35). Ihr Familienclan kontrolliert unter der Führung ihres Vaters nun seit über 45 Jahren das politische und wirtschaftliche Geschehen in Maranhão und hat auf diese Weise ein geschätztes Vermögen von 125 Millionen Reais angehäuft. Der Volksmund sagt, außer dem Meer gehöre im Bundesstaat alles den Sarneys (Veja, 13.3.2002, S. 46-51). Zudem steht Roseana Sarney als Kandidatin des PFL an der Spitze einer Partei, die in der kritischen Öffentlichkeit nur wenig Sympathie genießt und oft mit Neoliberalismus, Klientelismus und Paternalismus in Verbindung gebracht wird.

Trotz dieser ungünstig erscheinenden Ausgangslage konnte sich Roseana Sarney in den vergangenen Monaten in den Umfragen großer Beliebtheit erfreuen. Dies kann jedenfalls nicht mit ihrem politischen Programm erklärt werden, denn ein solches hat sie nie verkündet. Außerdem hat sie in keinem Interview ihre politischen Ziele konkret erläutert. Doch gerade dies mag das Geheimnis ihres Erfolges gewesen sein. In ihren Wahlkampfspots erscheint sie schlicht als lächelnde, sympathische, moderne Frau. Viele Brasilianer, müde und enttäuscht von der politischen Klasse, die meist mit Korruption und Unehrlich-

keit umschrieben wird, trauten offensichtlich Roseana einen Politikwechsel zu; und dies alleine deshalb, weil sie eine Frau ist. Frauen sind in der brasilianischen Politik eine Seltenheit, eine Präsidentin hat es noch nie gegeben. Viele Wähler schienen die Hoffnung zu haben, dass eine Frau im Präsidentenamt die Garantin für einen besseren Umgang mit öffentlichen Geldern, eine „saubere Verwaltung“ und vielleicht sogar für mehr soziale Sensibilität sein könnte.

Genau dieses positive Image hat die Gouverneurin von Maranhão mit dem jüngsten Skandal um ihren Ehemann Jorge Francisco Murad Júnior Anfang Februar 2002 verspielt. Murad vereinigte auf sich unter anderem das Planungs-, Industrie- und Wirtschaftsministerium von Maranhão, entschied damit über mehr als 60 Prozent der Haushaltsgelder und galt allgemein als der starke Mann in der Regierung von Roseana Sarney.

Die Bundespolizei fand nun bei einer Durchsuchung der Firma *Lunus*, an der Roseana Sarney und ihr Mann als Gesellschafter beteiligt sind, belastendes Material. Dieses lässt Verbindungen der Firma zum Korruptionsskandal im Rahmen des heute aufgelösten Förderprogramms für den Norden Brasiliens (SUDAM) vermuten. Außerdem wurden im Firmtresor 1,34 Millionen Reais in 50er Banknoten gefunden, ohne dass seitens *Lunus* eine Erklärung über Ursprung und Verwendungszweck des Geldes abgegeben werden konnte. Schließlich verkündete Murad, das Geld sei zur Finanzierung des Wahlkampfes seiner Frau bestimmt, und trat gleichzeitig von seinen Regierungsposten zurück. Denn nach dem Wahlgesetz dürfen Gelder von Firmen erst ab der offiziellen Nominierung der Kandidaten im Juni 2002 gespendet und für den Wahlkampf verwendet werden.

Als Reaktion auf den spektakulären Fund der Bundespolizei in der Firma *Lunus* brach im Wahlkampfteam um Roseana Sarney merklich Unruhe aus. Roseana drohte der PFL-Spitze mit der Rücknahme ihrer Kandidatur und erzwang so den offiziellen Austritt ihrer Partei aus der Regierungskoalition. Dieser Bruch mit der Regierung sollte deutlich machen, dass aus Sicht des PFL hinter der Durchsuchungsaktion der Bundespolizei der Präsidentschaftskandidat des PSDB, José Serra, stecke. Doch dieser Aktivismus des PFL konnte einen starken Imageverlust Roseana Sarneys nicht vermeiden. Sie fiel in den Umfragen von 25 auf 14 Prozent zurück. In den Augen der Öffentlichkeit schienen die hektischen Reaktionen Roseanas auf die Skandalvorwürfe zu belegen, dass die PFL-Kandidatin etwas zu verbergen hat. Nachdem sich Anfang April der Korrupti-

¹ Im Nordosten Brasiliens fiel im Zeitraum 1992 bis 1999 der Anteil der Familien, die mit monatlich weniger als einem Mindesteinkommen auskommen müssen, von 45,1% auf 33,4%. In Maranhão stieg dagegen der Anteil dieser Familien von 35,8% auf 49,1%. Im gleichen Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt *per capita* im Nordosten um 19,2%, in Maranhão aber nur um 9,8%. Die Kindersterblichkeit ging seit 1992 im Nordosten um 18,7% und im Maranhão um 16,9% zurück. Quelle: *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística*, abgedruckt in Veja, 27.3.2002, S. 28-30.

onsverdacht gegen die Firma *Lunus* erhärtet hatte und Roseana auch mit ihren neuen Wahlkampfwerbespots ihre Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen konnte, zog sie am 13. April offiziell ihre Präsidentschaftskandidatur zurück. Wahrscheinlich wird sie sich um einen Senatsitz bewerben.

Der Fall Roseana Sarney ist bezeichnend für das Politikgeschehen in Brasilien. Angesichts der vielen politischen, sozialen und ökonomischen Probleme Brasiliens ist erstens bemerkenswert, wie eine Kandidatin ohne politisches Programm in Umfragen 25 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Zweitens ist auffällig, wie eine politische Außenseiterfigur innerhalb recht kurzer Zeit zur Kandidatin einer der wichtigsten Parteien Brasiliens aufsteigen konnte.

Letzteres kann mit der allgemeinen Schwäche der Parteien im politischen System Brasiliens erklärt werden. Kandidaten für Abgeordnetenhaus, Senat oder das Präsidentenamt werden in ihrem Wahlkampf nicht durch die Parteien finanziert, sondern müssen sich selber um die notwendigen Mittel bemühen. In den Monaten vor der offiziellen Aufstellung der Parteikandidaten konkurrieren verschiedene Bewerber der gleichen Parteien untereinander um die Gunst in den Wählerumfragen. Am Ende wird von der Parteiführung der Kandidat mit der bisher besten *performance* aufgestellt. Eine wirkliche Auswahl durch die Parteiorganisation gibt es nicht. Im späteren Politikgeschäft ist die Parteiendisziplin etwa bei der Abstimmung im Kongress oder bei politischen Äußerungen von Regierungsmitgliedern relativ gering. Denn die Politiker verdanken ihre Wahl eben nicht der Parteiführung, sondern in erster Linie ihrer eigenen politischen Basis. Dies führt zu einer extremen Personalisierung des politischen Geschäfts.

Nicht Parteien, sondern Kandidaten bestimmen den Wahlkampf. Nicht Programme, sondern Köpfe sind für den Wahlsieg entscheidend.

Den Medien kommt beim Auf- und – wie sich im Fall Roseana Sarney zeigt – Abstieg der Kandidaten eine Schlüsselrolle zu. Kritischen Beobachtern zufolge verdankte die Gouverneurin von Maranhão ihr positives Image unter anderem der Tatsache, dass die Hauptattraktionen ihres Bundesstaates – die Dünen des Nationalparks *Lençóis Maranhenses* – als Hintergrund für eine zentrale (und häufig wiederholte) Szene der zur Zeit äußerst populären Seifenoper „O Clone“ prominent herausgestellt wird. Wichtiger sind selbstverständlich die äußerst professionell im Videoclip-Stil gedrehten Wahlkampfspots.

Mit dem Skandal um ihren Ehemann Jorge Murad begann unter Führerschaft der Zeitschrift „Veja“ (siehe insbesondere die Ausgaben vom 13. u. 20.3.2002) und dem das brasilianische Fernsehen dominierenden Sender *Globo* eine gnadenlose Kampagne gegen Roseana Sarney. Ihr positives Bild bei der Wählerschaft wurde so in schnellster Zeit stark angeschlagen. Insofern war es nicht verwunderlich, dass sich der PFL Mitte April von der Gouverneurin von Maranhão als Präsidentschaftskandidatin gelöst hat.

Der im Rahmen des Skandals um Frau Sarney dokumentierte Schulterschluss des PFL mit seiner Kandidatin, der durch einen offiziellen Austritt des PFL aus der Regierungskoalition dokumentiert wurde, – der zweite „Austritt“ übrigens innerhalb der letzten zwölf Monate,² – wurde von Anfang an vom PFL-Präsidenten Jorge Bornhausen in seiner Bedeutung heruntergespielt. Er bekräftigte, dass die politische Zusammenarbeit mit der Regierung im Kongress nicht beendet sei. Auch ein zukünftiges Wahlbündnis sei nicht ausgeschlossen, falls kein Kandidat über 50 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinen und deshalb ein zweiter Wahlgang notwendig sein sollte.

Die ungeeinte Opposition: Anthony Garotinho, Itamar Franco und Lula

Aber auch an jedem der anderen Präsidentschaftskandidaten lassen sich interessante Besonderheiten des politischen Systems Brasiliens nachzeichnen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich alle als Opposition zur derzeitigen Regierung unter Fernando Henrique Cardoso verstehen. Eigentlich müssten die Aussichten für diese Oppositionskandidaten ausgesprochen gut sein. Denn die Grundstimmung der Brasilianer bei diesem Wahlkampf scheint eher für einen Wechsel zu sprechen. Nach der erfolgreichen Inflationsbekämpfung durch den *Plano Real* hatte 1994 die Mehrheit der Brasilianer großes Vertrauen in die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz von Fernando Henrique Cardoso gesetzt. Sein Versprechen, während einer zweiten Amtszeit den eingeschlagenen Weg fortzuführen und nach der Währungsstabilisierung jetzt auch in der Sozial-

² Schon im Frühjahr 2001 hatte sich der PFL im Anschluss an den Skandal um den damaligen Senatspräsidenten Antônio Carlos Margalhões (PFL), dem eine Beteiligung an der Manipulation der elektronischen Abstimmtafel im Senat vorgeworfen wurde und der einer drohenden Absetzung durch die Senatsmehrheit durch freiwilligen Rücktritt zuvorkam, kurzfristig zur Oppositionspartei erklärt. Bald darauf kehrte er in die Regierungsmannschaft zurück.

Bildungs- und Industriepolitik die versprochenen Reformen voranzutreiben, haben Cardoso 1998 einen erneuten Erfolg gewährt. Doch heute scheint dieses Vertrauen in die Regierungsmannschaft in den Augen vieler Brasilianer verspielt zu sein.

Enttäuscht wird darauf hingewiesen, dass der Präsident für die vergangene Legislaturperiode keine überzeugenden Leistungen vorweisen kann. Seit der Währungskrise von 1999 hat der Real im Verhältnis zum US-Dollar eine Abwertung von mehr als 220 Prozent durchgemacht. Die Außenschulden sind seit 1994 – auch aufgrund des immens hohen jährlichen Zinsniveaus von um die 20 Prozent – sowohl nominal als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stark angestiegen. Die Leistungsbilanz ist chronisch defizitär.³ Weiterhin hat Brasilien eine der ungerechtesten Einkommensverteilungen der Welt, über 23 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze (vgl. Veja, 23.1.2002, S. 83-93), die Arbeitslosigkeit ist groß, das Problem der Landreform nicht gelöst.⁴ Die öffentlichen Universitäten wurden im zweiten Halbjahr 2001 wegen niedriger Professorengelöhne vom Lehrkörper bestreikt, was den Unmut vieler Bildungsbürger der Mittelklasse hervorrief. Im Bundesstaat Rio de Janeiro brach im Frühjahr 2002 die seit Jahren verheerendste Dengue-Fieberepidemie aus, die schon mindestens 29 Menschen das Leben kostete. Gewaltkriminalität und Entführungen haben in den Großstädten zugenommen.

Bei einer solchen düsteren Regierungsbilanz ist es kein Wunder, dass sich viele Politiker gerne als Opposition zur als neoliberal verschrienen Politik Cardosos zu profilieren versuchen. Der Trend hin zur Oppositionspartei ist ganz deutlich. Sicher auch deshalb zögerte der PFL nicht lange, als er im März 2002 seinen Austritt aus der Regierungskoalition verkündete. Als Regierungsgegner scheint man heute in Brasilien besser in der Wählergunst zu stehen.

Und trotzdem haben es die Kandidaten der Opposition nicht leicht. Dies liegt an dem schon seit Jahren von vielen Beobachtern bedauerten Umstand, dass sich die Opposition einfach nicht auf einen einzigen Kandidaten einigen kann. Im brasilianischen Abgeordnetenhaus sind insgesamt 16 Parteien vertreten, fünf davon haben einen

eigenen Oppositions-Kandidaten aufgestellt. Zu jedem dieser Kandidaten lässt sich eine interessante Geschichte erzählen.

Bemerkenswert erscheint zuerst einmal der politische Hintergrund des links-populistischen Gouverneurs von Rio de Janeiro, Anthony Garotinho (*Partido Socialista Brasileiro*, PSB). Er stieg in den Umfragen seit September 2001 konstant von neun auf jetzt 16 Prozent an. Garotinho hat nicht nur eine gewisse Hausmacht in Rio de Janeiro hinter sich. Wichtiger ist, dass er als bekennender Evangelist (*crente*) durch die in Brasilien seit den 70er Jahren ständig an politischer und ökonomischer Macht gewinnenden neuen protestantischen Kirchen unterstützt wird. Die wichtigsten protestantischen Kirchen Brasiliens mischen seit Jahren im politischen Geschäft kräftig mit. Sie kontrollieren wichtige Zeitungen und können besonders unter der armen Bevölkerung einen festen Wählerstamm mobilisieren. Aus wahltaktischer Sicht bedeutet diese offene Allianz Garotinhos mit den Protestanten aber auch eine Hürde für seine Erfolgsaussichten. So stark die Evangelisten auch sind, so gehören weiterhin etwa 70 Prozent der Brasilianer zumindest formell der katholischen Kirche an. Wegen des Misstrauens erstens der praktizierenden Katholiken und zweitens der vielen laizistisch eingestellten Brasilianer, die Politik und Religion nicht vermischen wollen, wird der Gouverneur von Rio de Janeiro höchstwahrscheinlich nicht über 20 Prozent der Wähler an sich binden können.

Ein zweites Kuriosum unter den Präsidentschaftskandidaten ist der Gouverneur von Minas Gerais, Itamar Franco. Franco war als Vize von Collor nach dessen *Impeachment* 1993/1994 Präsident. Er berief Fernando Henrique Cardoso zum Finanzminister und ebnete diesem mit der Unterstützung seines *Plano Real* den Weg in den Präsidentenpalast. Spätestens als Cardoso 1997 mit einer Verfassungsänderung den Weg für seine zweite Amtszeit frei machte und nicht – wie von Itamar Franco erhofft – letzteren bei seinen Präsidentschaftsambitionen unterstützte, wurde Franco zum Gegner des amtierenden Präsidenten. In seinem erfolgreichen Wahlkampf von 1998 um das Gouverneursamt in Minas Gerais schlug Franco deutlich nationalistische Töne in der Wirtschaftspolitik an und wetterte gegen Privatisierung, Neoliberalismus und das „Diktat des IWF“. Nach der gewonnenen Wahl in Minas bereitete er minutiös seine Rückkehr in den Präsidentenpalast vor. Er avancierte in den Medien zu einem der Hauptkritiker der Wirtschafts- und Sozialpolitik Cardosos. Doch Itamar Franco scheiterte mit seinem Präsidentschaftswahlkampf

³ Die wohl beste Quelle für aktuelle makroökonomische Daten Brasiliens ist *IPEADATA*, abrufbar unter: www.ipeadata.gov.br.

⁴ Am 23. März 2002 besetzten etwa 500 Aktivisten der Landlosenbewegung (*Movimento sem Terra* – MST) eine Fazenda der Familie des Präsidenten Cardoso.

bereits im März 2002, also mehr als sechs Monate vor der Wahl; und dies aus einem schlichten Grund: Er ist in der falschen Partei (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*, PMDB).

Der PMDB ist aus der einzigen unter der Militärdiktatur 1964-1985 zugelassenen Oppositionspartei MDB hervorgegangen und diente ursprünglich als Sammelbecken für verschiedene oppositionelle Kräfte gegen die Diktatur. Mit der demokratischen Öffnung drängten allerdings auch Politiker in die Partei, die ursprünglich der Diktatur nahe gestanden hatten. Als Ergebnis sind im PMDB so unterschiedliche Politiker wie der liberal-konservative José Sarney oder etwa Jader Barbalho, beides Urgesteine des nordbrasilianischen *coronelismo*, auf der einen Seite und der links-populistische Politiker Itamar Franco auf der anderen Seite vertreten. In der nationalen Parteiführung des PMDB dominiert der liberal-konservative Flügel, der für die kommende Präsidentschaftswahl gar keinen eigenen Kandidaten aufstellen möchte, sondern ein Wahlbündnis mit dem Kandidaten der Regierung eingehen will. Demgegenüber war es das erklärte Ziel Itamar Francos, erstens eine vom Regierungskandidaten unabhängige Kandidatur durchzusetzen, und zweitens möglichst selber der Kandidat seiner Partei zu sein. Bei beiden Vorhaben ist er am Widerstand der eigenen Parteiführung gescheitert. Zwar erreichte er mit Hilfe einer Unterschriftenaktion unter den Mitgliedern die Einberufung eines außerordentlichen Parteikonvents in São Paulo. Dort wurde noch Anfang März 2002 der Wille zur Aufstellung eines eigenen PMDB-Kandidaten bekräftigt. Doch die PMDB-Parteiführung erkannte auf einer kurz danach abgehaltenen Gegenveranstaltung das Ergebnis dieses außerordentlichen Parteikonvents nicht an. So wurde Itamar Franco die Machtlosigkeit in der eigenen Partei vor Augen geführt. Daraufhin hat er seine Präsidentschaftsambitionen offiziell zurückgenommen. Noch ist offen, ob er sich um eine Wiederwahl in Minas Gerais bemühen wird. Da er auch in der PMDB von Minas Gerais keine Hausmacht besitzt, ist denkbar, dass sich Itamar Franco vorerst ganz aus dem politischen Geschäft zurückziehen muss.⁵

Zuletzt ist auf den charismatischen Ehrenpräsidenten der Arbeiterpartei PT, Luiz Inácio Lula da Silva, einzugehen. Seit ihrer Gründung im Anschluss an die legendären Generalstreiks der

Industriearbeiter in São Paulo von 1979, ist der Parteigründer Lula die bisher unangefochtene Ikone linker Oppositionspolitik. Dreimal – 1989, 1994 und 1998 – hat sich Lula bereits erfolglos um das Präsidentenamt bemüht. In jedem Wahljahr lag er in den Umfragen zuerst weit vor den anderen Kandidaten. Die jeweils aussichtsreichsten Kandidaten des bürgerlichen Lagers, zuerst Fernando Collor, dann zweimal Fernando Henrique Cardoso, konnten sich aber in allen drei Wahlen durchsetzen. Entscheidend für die Niederlage Lulas waren vor allem vier Faktoren:

- Erstens war es die in der brasilianischen politischen Kultur bis heute tief verwurzelte „Angst vor der Linken“. Die Mehrheit der Brasilianer traut dem Kandidaten einer Arbeiterpartei keine Regierungskompetenz zu. In der klientelistisch strukturierten Wählerschaft Brasiliens haben selbst relativ benachteiligte Gruppen eher Angst, das Wenige, was sie haben, zu verlieren, als sich auf ein „linkes Projekt“ einzulassen.
- Zweitens ist auf die enorme Bedeutung des informellen Sektors und die hohe Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Ein großer Anteil der Bevölkerung, die unter anderen Umständen zum klassischen Wählerpotenzial des PT zählen würde, befindet sich in keinem formalen Arbeitsverhältnis und ist in Folge dessen auch nicht in Gewerkschaften oder anderen Arbeiterorganisationen integriert. Diese Masse marginalisierter Gruppen kann der PT nicht ohne weiteres als Wähler erreichen. Ihnen fehlt es zudem in der Regel an der notwendigen Grundbildung, weshalb sie häufig für klientelistisch-populistische Politiker und/oder für Vertreter der Evangelisten wie etwa Anthony Garotinho stimmen.
- Der PT vertritt drittens als klassische Arbeiterpartei die Arbeitnehmer des formellen Sektors, dessen Interessen mit denen des informellen Sektors nicht immer übereinstimmen. So kann eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts aus Sicht eines brasilianischen Arbeitslosen oder eines Arbeiters im informellen Sektor durchaus vorteilhaft sein, wenn er dadurch eine feste Arbeit finden würde. Insofern ist der PT in gewisser Weise eine „Eliten-Partei“, indem er die Interessen des formellen Sektors, inklusive der stark privilegierten Angestellten im öffentlichen Dienst, verteidigt. Deshalb haben populistische Kandidaten, die für eine Flexibilisierung eintre-

⁵ Führende PSDB und PMDB-Politiker möchten ihm diesen Rückzug dadurch schmackhaft machen, dass ihm für den Fall des Sieges José Serras (PSDB) ein Botschafterposten in Europa in Aussicht gestellt wird.

ten und in ihrem Diskurs die Interessen sowohl der durch den Staat protegierten Wirtschafts- als auch der Arbeitereliten des formellen Sektors angreifen, unter der armen brasilianischen Bevölkerung recht große Chancen.

- Als vierter Faktor für die Schwäche Lulas und des PT ist noch auf die Macht des Fernsehgiganten *Rede Globo* und seines Chefs Roberto Marinho hinzuweisen. Marinho ist mit führenden Politikern des liberal-konservativen Spektrums, wie etwa Antônio Carlos Magalhães (PFL), eng verbunden. In den Bundesstaaten wurden die Lizenzen zur Ausstrahlung des *Globo*-Senders häufig von lokalen Politikereliten erworben, die durch die Gestaltung der regionalen Nachrichtensendungen ihre politische Machtbasis absichern (vgl. Veja, 20.3.2002, S. 54-56). Der Einfluss des *Globo*-Imperiums auf das politische Geschehen in Brasilien wird verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass in diesem Land 96 Prozent der Haushalte Zugang zum Fernsehen haben und gleichzeitig wegen der geringen durchschnittlichen Schulbildung der armen Bevölkerung das Fernsehen für viele die einzig bedeutsame Informationsquelle ist. In den *Globo*-Nachrichten wird heute die Politik Cardosos weitgehend unkritisch kommentiert, während der PT-Präsidentenskandidat für den Sender nahezu nicht zu existieren scheint. Über die Aktivitäten Lulas wird fast gar nicht berichtet. Oder aber er wird in ein negatives Licht gestellt.

Nachdem Lula nun schon drei Präsidentenwahlkämpfe verloren hat, scheinen selbst seine treuesten Anhänger das Vertrauen in ihren Kandidaten zu verlieren. Lula gilt Vielen als „ewiger Verlierer“. Das Vertrauen der Wähler versucht er in diesem vierten Anlauf dadurch zu gewinnen, dass er sich durchweg gemäßigter zeigt. „Lula light“ titelte die „Veja“ in einer ihrer Ausgaben und umschrieb dabei treffend den programmatischen Wandel, den der PT-Kandidat in den letzten Jahren durchgemacht hat. Er distanziert sich heute von klassenkämpferischen Tönen und akzeptiert die Bedeutung der durch den *Plano Real* geschaffenen Geldwertstabilität ebenso wie in gewissen Bereichen die positiven Folgen der Privatisierung.

Kern des politischen Programms des PT bleibt aber die Forderung nach einer „Umkehrung der Prioritäten“ (*inversão de prioridades*), womit ein klarer Vorrang der sozialen Gerechtigkeit vor

wirtschafts-politischen Zielen gemeint ist. Allerdings suchte er zum Ärgernis vieler Parteigenossen frühzeitig nach einem möglichst breiten Wahlkampf Bündnis und näherte sich dabei der links-liberalen Partei PL und (Teilen) des PMDB an. Dieser wahltaktisch nicht unvernünftige Strategiewechsel lässt Lulas Hausmacht im PT merklich schrumpfen. Erstmals in seiner Politikerkarriere musste er sich auf einer vorentscheidenden Parteiversammlung Ende März 2002 mit dem Senator Eduardo Suplicy einem Herausforderer bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten stellen. Lula hatte vor der Abstimmung zwar die gesamte Wahlveranstaltung in den Medien als „Zeitverschwendung“ abgetan und sich strikt geweigert, überhaupt auf inhaltliche Diskussionen mit Suplicy einzugehen. Doch diese Arroganz des Ehrenpräsidenten wurde prompt damit bestraft, dass er für viele Beobachter unerwartet nur 84,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte (Folha Online, 13.3.2002).

Damit ist Lula zum vierten Mal Präsidentschaftskandidat. Und wieder führt er in den Umfragen mit 25-31 Prozent deutlich vor den anderen Kandidaten; diesen Vorsprung konnte er nach Roseanas Verzicht sogar auf 35 Prozent ausweiten. Eigentlich müssten seine Chancen diesmal auch wegen der oben angedeuteten mageren Regierungsbilanz Cardosos besonders gut aussehen. Doch vieles spricht dafür, dass „der ewige Verlierer“ aufgrund des schwachen Rückhalts des PT bei der großen Mehrheit der Brasilianer in einem wahrscheinlich notwendig werdenden zweiten Wahlgang gegen den Kandidaten des bürgerlichen Lagers verlieren wird.

José Serra: Regierungskandidat und Dengue-Minister

Der Senator und ehemalige Gesundheitsminister José Serra ist der vom Präsidenten favorisierte und durch seine Partei (PSDB) auserwählte Nachfolger Cardosos. Er repräsentiert den sozial-liberalen Flügel der Regierung Cardosos, die in ihrer Wirtschaftspolitik weitgehend durch die neoliberalen Ideen des PFL dominiert wird. Gerade deshalb konnten sich der PFL sowie die Wirtschaftstechnokraten des PSDB bisher auch nicht wirklich mit der Kandidatur Serras anfreunden. Dies könnte ihm zu Gute kommen. Denn dieses Jahr weht der Wind wie gesagt in Richtung Opposition, weshalb einem eher linken Regierungsvertreter größere Chancen eingeräumt werden. Serra verspricht in seinem Programm, neben dem Festhalten und der Verbesserung der bisher erreichten makroökonomischen Grunddaten vor allem in zwei Bereichen aktiv zu werden

(Serra, José: A Economia brasileira: próximos anos, Rede vom 22.3.2002, abrufbar unter: www.psd.org.br/Noticias/ViewNoticias.asp?ID=648):

Erstens will er die brasilianische Exportwirtschaft stärken, um das Leistungsbilanzdefizit zu bekämpfen. Dafür soll eine aktive Export-, Industrie- und Infrastrukturpolitik betrieben, der Protektionismus in Europa und den USA durch ein energisches Handeln auf WTO-Ebene begrenzt und außerdem eine strukturelle Steuerreform durchgesetzt werden. Zweitens will er mit einer aktiven Sozialpolitik Armut und Ungleichverteilung bekämpfen.

Insgesamt sind die Aussichten Serras für die Präsidentschaftswahl im Herbst nicht schlecht. Dies gilt insbesondere, seitdem Roseana Sarney unter dem Druck des Finanzskandals um ihren Ehemann zur Aufgabe gezwungen wurde. Der PMDB hat sich nach dem Verzicht Itamar Francos bereits weitgehend auf eine Unterstützung Serras eingestellt. In einer solchen Konstellation kann sich José Serra für ein zu erwartendes Kopf-an-Kopf Rennen mit Lula im zweiten Wahlgang gute Chancen ausrechnen.

Wäre da nicht die Dengue-Epidemie. Serra war Gesundheitsminister und kann als solcher durchaus auf Erfolge während seiner Amtszeit hinweisen. Besonders spektakulär war sein vehementer und schließlich erfolgreicher Einsatz für das Recht Brasiliens, Medikamente gegen AIDS durch nationale Firmen produzieren bzw. aus Drittländern importieren zu lassen, selbst wenn damit nach Ansicht der US-Regierung das Patentrecht amerikanischer Pharmafirmen verletzt würde.⁶ Doch mit dem Aufkommen der seit Jahren gravierendsten Dengue-Epidemie, die im Bundesstaat Rio de Janeiro schon mindestens 29 Todesopfer gefordert hat, ist das Image Serras als Gesundheitsminister angeschlagen. Da die Dengue-Mücke sich bei recht hoher Umgebungstemperatur in stehenden Pfützen und Gewässern vermehrt, kann Serra immerhin darauf hoffen, dass sich das Problem mit der Trockenzeit und dem Temperaturrückgang ab April/Mai 2002 von selbst erledigt. Noch ist es lange hin bis zur Wahl im Oktober, weshalb die Fieberepidemie in Vergessenheit geraten könnte.

Ein weiterer Gewinner des Kandidaturverzichts von Roseana Sarney könnte Ciro Ferreira

Gomes (*Partido Popular Socialista* – PPS) sein. Der ehemalige Gouverneur des Bundesstaats Ceará repräsentiert wie Roseana den Norden und Nordosten Brasiliens und könnte gerade in dieser Region neue Wähler gewinnen. Prognosen sehen ihn nach dem Rücktritt von Roseana um die 13 Prozent. Vorher stagnierte seine Unterstützung bei 8 Prozent.

Alles offen: die Entscheidung des Bundeswahlgerichts zur Vertikalisierung der Wahlbündnisse

Die obigen Ausführungen zeigen, dass bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl noch alles offen ist, zumal die formale Kandidatenaufstellung erst im Juni erfolgt. Teile des PSDB und des PFL drängen weiterhin darauf, José Serra durch einen neoliberaleren Politiker zu ersetzen. Auch die Haltung des PMDB ist noch nicht endgültig festgelegt, wenn auch Itamar Franco aus dem Rennen ausgeschieden zu sein scheint. Der einzige Kandidat, der mit Sicherheit antreten wird, ist Lula vom PT.

Ein weiterer entscheidender Unsicherheitsfaktor für die kommende Entwicklung ist die Entscheidung des Bundeswahlgerichts von Ende Februar 2002. Das Gericht fordert eine Übereinstimmung zwischen den Parteikoalitionen hinsichtlich eines Präsidentschaftskandidaten auf der einen Seite und den Koalitionen innerhalb der Bundesstaaten auf der anderen Seite. Konkret kann hiernach eine Partei, die einen Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellt oder im Rahmen eines formellen Wahlbündnisses unterstützt, in den Bundesstaaten bei der Wahl der Landesabgeordneten, des Gouverneurs, der Bundesabgeordneten und der Senatoren kein Wahlbündnis mit einer Partei eingehen, die für einen anderen Präsidentschaftskandidaten eintritt. Nur Parteien, die offiziell keinen Präsidentschaftskandidaten unterstützen, sind in ihren Koalitionen auf Ebene der Bundesstaaten frei.

Diese Entscheidung ist grundsätzlich zu begrüßen, da sie eine stärkere programmatische Kohärenz der Parteien auf Unionsebene und den Bundesstaaten garantiert und die Parteien dazu zwingt, sich inhaltlich klarer voneinander abzugrenzen. Es ist Politikern jetzt nicht mehr so leicht möglich, bei ihrem Wahlkampf – etwa um einen Posten als Gouverneur oder Bundesabgeordneter – inhaltlich mit einem Programm zu werben, das mit dem Programm des von der eigenen Partei unterstützten Präsidentschaftskandidaten nicht übereinstimmt. Beispielsweise wurde Fernando Henrique Cardoso 1998 vom PMDB auf Unionsebene unterstützt, Itamar Franco wet-

⁶ Ursprünglich hatten sich die USA kompromisslos gegen diese Politik Serras gewehrt (vgl. Estado de Minas, 21.6. 2001, S. 19). Nach dem 11. September 2001 setzte dann aber ein Umdenken ein, wollten die USA doch ab sofort selbst Medikamente gegen Milzbrand – zur Not unter Verletzung des deutschen Patentrechts – produzieren.

terte aber gleichzeitig als PMDB-Kandidat für das Gouverneursamt in Minas Gerais scharf gegen die Politik des Präsidenten.⁷

So sehr die Entscheidung des Bundes-Wahlgerichts in der Sache zu begrüßen ist, ihr *timing* muss als äußerst ungünstig bezeichnet werden. Fast alle Parteipolitiker kritisierten einstimmig, man könne nicht mitten im Wahlkampf die Spielregeln ändern. Tatsächlich hat die Gerichtsentscheidung die taktischen Absprachen der Parteien gründlich durcheinandergebracht. Lula (PT) plante eine Allianz mit dem links-liberalen PL, doch der PL wollte in einigen Bundesstaaten eine Allianz mit dem PSB von Anthony Garotinho eingehen. Da der PSB Garotinhos auf Bundesebene schwach ist (nur 17 Bundesabgeordnete), wird kaum eine bedeutende Partei seine Kandidatur unterstützen. Wahrscheinlich wird der Gouverneur von Rio de Janeiro seine eigenen Ambitionen aufgeben und wie schon 1994 und 1998 Lula unterstützen müssen.

Auch der Rückzug Roseana Sarneys (PFL) von ihren Präsidentschaftsambitionen hatte nicht nur mit dem Skandal um ihren Mann zu tun. Die neuen Wahlkampfregeln haben dabei gleichfalls eine Rolle gespielt. Die PFL-Politikerin konnte nämlich nun schwerlich mit Unterstützung anderer wichtiger Parteien rechnen. Insbesondere eine Allianz mit dem PMDB wurde schwierig, da die regionalen Unterschiede zwischen PMDB (man denke an Minas Gerais) und PFL (besonders im Norden und Nordosten) sehr groß sind. Regionale PFL-Politiker begannen gleich nach der Gerichtsentscheidung, ihre Unterstützung für Roseana zu überdenken. Denn ohne eigenen Präsidentschaftskandidaten könnte der PFL in den Bundesstaaten frei Wahlbündnisse eingehen. Gleichzeitig ist die Wahl Roseanas zur Senatorin jetzt leichter möglich, da in Maranhão die geplante geeinte Opposition von PT, PSDB, PPS, PSB und PDT gegen die seit über vierzig Jahre herrschende Sarney-Oligarchie unmöglich wird.

Von einer politischen Reform noch weit entfernt

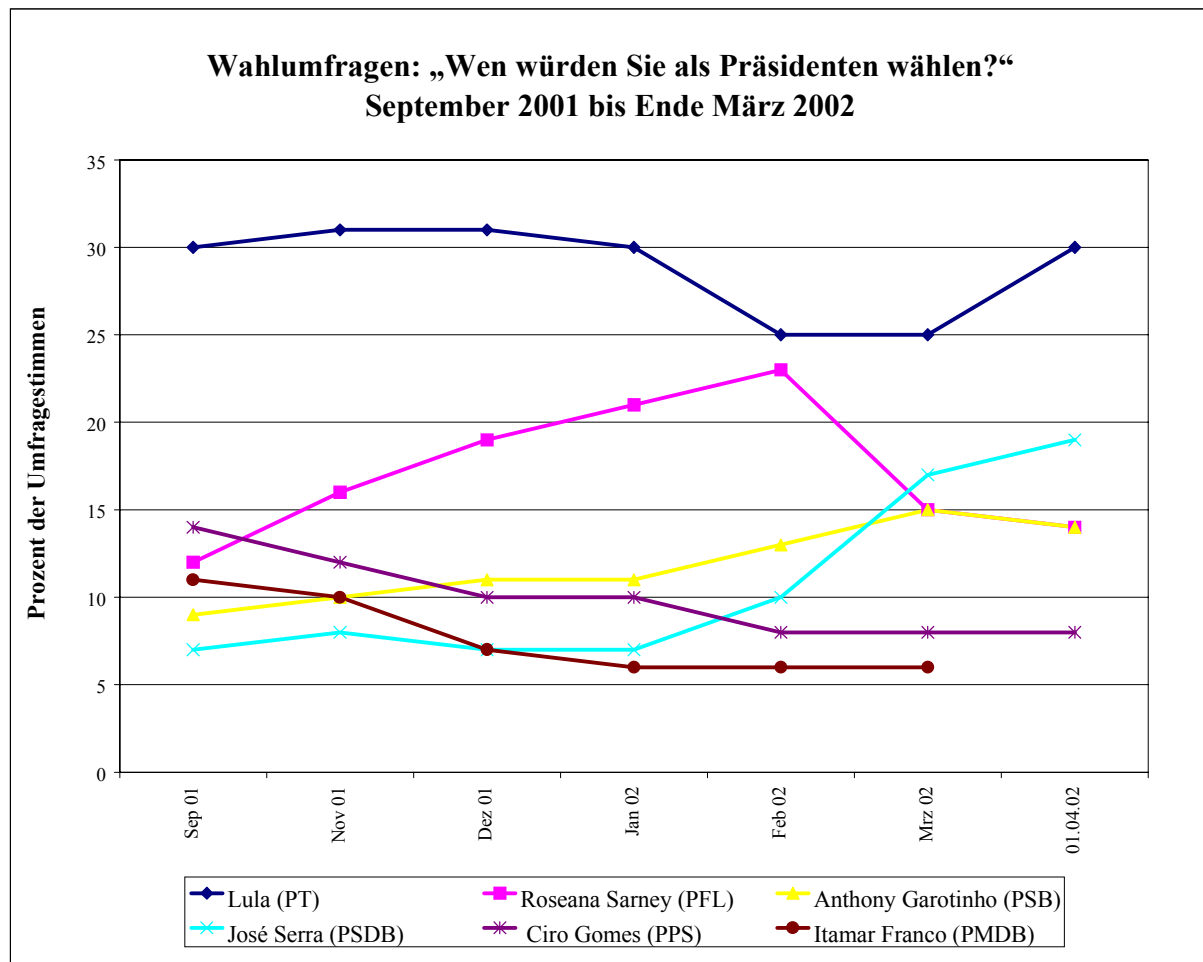
Diese wenigen Beispiele zeigen, wie die Parteikoalitionen bis zur Gerichtsentscheidung auf Ebe-

ne der Union und der Bundesstaaten völlig quer liefen. Dies (neben vielen anderen Faktoren) macht verständlich, wieso die Brasilianer bisher keine Parteien und Parteiprogramme wählten, sondern Kandidaten. Die Personalisierung der Politik ist ein Hauptproblem im politischen System Brasiliens. Sie beeinträchtigt die Regierbarkeit und mindert die Transparenz im Entscheidungsprozess. Zur Stärkung der Parteien wird in Brasilien seit Jahren unter dem Stichwort *governabilidade* (Regierbarkeit) über grundlegende politische Reformen nachgedacht. Diese sollen insbesondere das Wahlgesetz, die Parteiendisziplin (Parteiwechsel) und die Wahlkampf-/Parteifinanzierung betreffen. Für eine *reforma política* hat sich aber niemals eine Mehrheit im Kongress gefunden. Denn wenn den meisten Analysten und Politikern auch die inhärenten Schwächen des Systems bekannt sind, so verdanken die jeweils amtierenden Politiker ihre Macht doch gerade den bestehenden Regelungen. Deshalb halten sie lieber am *status quo* fest. Insofern ist es begrüßenswert, dass die Judikative mit der Bundeswahlgerichts-Entscheidung einen Anstoß in Richtung auf die politische Reform gegeben hat.

Allerdings können grundlegende Reformen nicht gegen den Willen der Legislative durchgesetzt werden und sind demokratietheoretisch auch nicht wünschenswert. In der politischen Klasse Brasiliens formierte sich prompt eine einheitliche Front gegen die unerwünschte Gerichtsentscheidung. Die Oppositionsparteien PT, PPS, PSB, PL und PCdoB reichten gemeinsam eine Klage beim Bundesgerichtshof ein, der sie allerdings Mitte April zurückwies. Der PMDB versuchte ebenfalls vergeblich mit einer Gesetzesinitiative im Senat, die Umsetzung der Gerichtsentscheidung zu verhindern. Gleichzeitig zeichnet sich bereits ein Trend ab, wonach die Parteien statt einer formalen Wahlkoalition nur noch informell ihre Unterstützung für den bevorzugten Präsidentschaftskandidaten ausdrücken werden. Auf diese Weise sichern sich die Parteien in den Bundesstaaten maximale Freiheit für ihre wahltaktischen Absprachen. Dieses *jeitinho* zur Umgehung der Gerichtsentscheidung beweist, dass Grundprobleme im Parteiensystem, die tief mit der brasilianischen politischen Kultur verbunden sind, nicht allein durch die Änderung wahlrechtlicher Regelungen lösbar sind.

⁷ Dies gipfelte darin, dass Itamar Franco 1999 als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Moratorium auf die Schulden von Minas Gerais gegenüber dem Bund verkündete und dadurch nicht nur kurzzeitig die Haushaltspolitik der Union in Bedrängnis brachte, sondern bekanntlich den massiven Abzug ausländischer Investoren provozierte und die brasilianische Währungskrise auslöste.

Abbildung 1:



Quelle: Werte für September 2001 bis März 2002: *Datafolha – Instituto de Pesquisa*, abrufbar unter:

www.uol.com.br/folha/datafolha/eleicoes2002/intvoto_pres2002_13032002a.shtml

Wert für 01.04.2002: *Vox Populi*, abgedruckt am 1.4.2002 in der *Folha Online*.

Weiterführende Literatur:

Figueiredo, Argelina Cheibub / Limongi, Fernando (2000): „Presidential Power, Legislative Organization, and Party Behavior in Brazil“, in: *Comparative Politics*, Januar 2000, S. 151-170.

Nylen, William R.: „The Making of a Loyal Opposition. The Worker’s Party (PT) and the Consolidation of Democracy in Brazil“, in: Kingstone, P. R. / Power, T. J.: *Democratic Brazil. Actors, Institutions, and Processes*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, S. 126-143.

Power, T. J. (2000): „Political Institutions in Democratic Brazil: Politics as a Permanent Constitutional Convention“, in: Kingstone, P. R. / Power, T. J.: *Democratic Brazil. Actors, Institutions, and Processes*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, S. 17-35.

Power, T. J. / Timmons, R. J. (2000): „A New Brazil? The Changing Sociodemographic Context of Brazilian Democracy“, in: Kingstone, P. R. / Power, T. J.: *Democratic Brazil. Actors, Institutions, and Processes*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, S. 236-262.

Sader, E. (1994): *Keine Angst vor besseren Zeiten: Lula, die PT und Brasilien*, Köln: ISP.

Serbin, K.P. (2000): „The Catholic Church, Religious Pluralism, and Democracy in Brazil“, in: Kingstone, P. R. / Power, T. J.: *Democratic Brazil. Actors, Institutions, and Processes*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, S. 144-161.